

REGION HEIDELBERG

So erreichen Sie die Redaktion:

Tel. Redaktion: 0 62 21 - 519 58 00
Fax Redaktion: 0 62 21 - 519 958 00

E-Mail: region-heidelberg@rnz.de

ZITATE

> Ein Rückbau der L 600 wird unzumutbare Belastungen für die Einwohner mit sich bringen. Die Idee ist in den 70er-Jahren entstanden, damals war ich gerade vier Jahre alt. Das Damoklesschwert eines Rückbaus darf nicht auf uns stürzen. Die Ausweichstrecken sind heute schon hoffnungslos überlastet, es besteht die Gefahr des Verkehrszusammenbruchs.

Georg Kletti, Bürgermeister

> Wir sahen keinen anderen Weg, als auch eine Petition einzureichen. Dass von den beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen bisher nichts umgesetzt wurde, ist befremdlich und hat etwas von einer Bananenrepublik.

Klaus Ihlenfeld,
Landesnaturschutzverband

> Es wäre eine Farce, eine Straße wie die L 600, in die viel Geld investiert wurde, zurückzubauen. Ich fühle mich wie in Schilda. Auf beiden Seiten der L 600 sind nur Ackerflächen und keine schützenswerten Lebensräume. Der Petitionsausschuss muss die Zweckmäßigkeit und nicht die Rechtmäßigkeit eines Beschlusses prüfen.

Frank Kleinbongardt, Petent

> Die von der Gemeinde vorgeschlagene Ausgleichsmaßnahme ist nicht gleichwertig. Wenn ich jemandem 20 Euro schulde, kann ich nicht nur einen Euro zurückgeben. Es ist nicht die Aufgabe der Naturschutzverbände, die Arbeit der Gemeinde zu machen.

Christiane Köhler, Nabu

> Die Behörden sollten die Chance nutzen und nach Alternativen suchen, bevor andere entscheiden. Nutzen Sie die Zeit bis März.

Werner Raab (CDU),
Mitglied des Petitionsausschusses

> Es wird schwierig, eine alternative und wirklich gleichwertige Ausgleichsmaßnahme zu finden. Am Ende wird es wohl ein Zähneknirschen auf beiden Seiten geben.

Kai Schmidt-Eisenlohr (Grüne),
Landtagsabgeordneter

> 22 Jahre Wartezeit sind genug, die Rückbaumaßnahmen müssen unverzüglich begonnen werden. Dieser absurde Skandal muss endlich ein Ende finden.

Matthias Weyland, BUND



Im März stimmt der Petitionsausschuss über den Rückbau der L 600 zwischen Bruchhausen und dem Umspannwerk ab. Foto: Alex

HINTERGRUND

> Der Rückbau der L 600 zwischen dem Weiler Bruchhausen und dem Umspannwerk wurde bereits vor 22 Jahren als ökologische Ausgleichsmaßnahme mit dem Planfeststellungsbeschluss für den Bau der parallel verlaufenden B 535 beschlossen. Die Gemeinde Sandhausen wehrt sich ebenso wie viele umliegende Orte gegen die Verkleinerung des 1,2 Kilometer langen Abschnitts auf die Breite eines Feldwegs und lehnt auch das vom Regierungspräsidium erarbeitete Paket mit alternativen Ausgleichsmaßnahmen und dem Rückbau der Straße Am Forst in Teilen ab, weil sie Verkehrsverlagerungen in den Ort hinein befürchtet. Der Sandhäuser Frank Kleinbongardt hat mit diesen Argumenten beim Landtag eine Petition mit fast 5000 Unterschriften eingereicht. BUND, Nabu und Landesnaturschutzverband hingegen pochen auf die Umsetzung des Rückbaus oder eben des Pakets mit den Ausgleichsmaßnahmen und haben ebenfalls eine Petition in Stuttgart eingereicht. Eine weitere Eingabe mit rund 40 Unterstützern lehnt den Rückbau der L 600 ebenfalls ab, fordert aber zusätzlich auch den Rückbau der Straße Am Forst. cm

Ist der Rückbau der L 600 vom Tisch?

Kommission des Petitionsausschusses tagte gestern in Sandhausen und zeigte sich für alternative Ausgleichsmaßnahmen offen

Von Christoph Moll

Sandhausen. Nächstes Jahr feiert Sandhausen sein 750-jähriges Bestehen – und hat zum Jubiläum eigentlich einen ganz bescheidenen Wunsch: Alles soll so bleiben, wie es ist. Zumindest, wenn es um die Landesstraße 600 im Norden der Gemeinde geht. Doch der höchst umstrittene Teilrückbau birgt seit über 20 Jahren kommunalpolitischen Sprengstoff. Beschlossen wurde er bereits im Jahr 1989 – umgesetzt aber bis heute nicht (siehe Hintergrund-Kasten oben rechts). Gestern machte sich eine Kommission des Petitionsausschusses des Landtags in Sandhausen ein Bild und befragte die Einreicher der Petitionen. Und es scheint so, als könnte der drohende Rückbau doch noch verhindert werden.

Die Ausgangslage ist klar: Die Gemeindeverwaltung und die Mehrheit der Einwohner wehren sich gegen einen Rückbau und lehnen auch ein Paket mit alternativen Ausgleichsmaßnahmen in Teilen ab. Die Naturschutzverbände hingegen pochen auf die Umsetzung des Rückbaus. Beide Seiten haben Petitionen eingereicht. „Wir sind nach Sandhausen gekommen, um uns kundig zu machen“, erklärte Georg Nelius (SPD), Landtagsab-



Diskutierten im Sandhäuser Rathaus über den L 600-Rückbau: Frank Kleinbongardt (v.l.), Kai Schmidt-Eisenlohr und Thomas Funk sowie (v.r.) Karl Klein, Werner Raab und Georg Nelius. Foto: Moll

geordneter aus dem Neckar-Odenwald-Kreis und Berichterstatter des Petitionsausschusses. Ebenfalls Mitglied der Kommission ist der Abgeordnete Werner Raab (CDU) aus Ettlingen. Auch die Abgeordneten Thomas Funk (SPD) aus Sinsheim sowie Karl Klein (CDU) und Kai Schmidt-Eisenlohr (Grüne) aus dem Wahlkreis Wiesloch kamen. Darüber hinaus waren

meindepräsentiere sich als Opfer, was nicht stimme. Es seien bereits viele Zugeständnisse gemacht worden. Sandhausen habe Naturschätze, die man bewahren müsse.

„Es geht nicht um 700 000 Mitglieder irgendwo am Bodensee, sondern um 5000 Einwohner, die in Sandhausen leben und vom Rückbau und dessen Folgen direkt betroffen sind“, erklärte Frank Klein-

Vertreter des für die L 600 zuständigen Regierungspräsidiums anwesend.

Für den Landesnaturschutzverband und den BUND sprach Klaus Ihlenfeld von einer „unendlichen Geschichte“. „Wir verstehen nicht, dass Recht nicht umgesetzt wird“, meinte er. Christiane Köhler vom Nabu betonte, dass hinter der Petition für den Rückbau der L 600 über 700 000 Mitglieder der Naturschutzverbände im Land stehen. Die Ge-

bongardt, der die Petition gegen den Rückbau mit fast 5000 Unterstützern eingereicht hatte. „Wir müssen der Natur das zurückgeben, was ihr genommen wurde“, sagte er, „aber es kann nicht sein, dass Naturschutz gegen den Menschen passiert“.

„Die Zeiten haben sich geändert“, erklärte Bürgermeister Georg Kletti. Was vor 20 Jahren beschlossen wurde, sei heute nicht mehr zeitgemäß. „Es kann nicht sein, dass Verkehr von freier Fläche in bebaute Lage verlagert wird.“ Die Gemeinde nehme den Naturschutz ernst. Mit drei der vier alternativen Ausgleichsmaßnahmen sei man einverstanden, mit dem Rückbau der Straße Am Forst habe man aber ein Problem. „Das wäre die Wahl zwischen Pest und Cholera“, so Kletti. Es gelte eine Ersatzmaßnahme zu finden, die nicht die Bürger bestraft. Denkbar sei die Vernetzung des Landgraben- und des Leimbach-Gebiets.

Bei der Sitzung meldeten sich auch Bürger zu Wort, die Vorschläge für alternative Ausgleichsmaßnahmen im Bereich der Dünen machten. Diese sollen nun weiter untersucht werden. „Ich bin optimistisch, dass wir eine Konsenslösung hinbekommen“, erklärte Georg Nelius. „Eine Entscheidung fällt der Petitionsausschuss dann im März.“